



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 19.04.2010

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 21:45 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele	Ab TOP 3
Herr Stadtrat Aßfalg	
Herr Stadtrat Bode	
Herr Stadtrat Braig	
Herr Stadtrat Brenner	
Herr Stadtrat Dr. Compter	Ab TOP 3
Herr Stadtrat Deeng	
Frau Stadträtin Drews	
Herr Stadtrat Dullenkopf	
Herr Stadtrat Funk	
Frau Stadträtin Goeth	
Herr Stadtrat Hagel	
Frau Stadträtin Handtmann	
Herr Stadtrat Heinkele	
Herr Stadtrat Herzhauser	
Frau Stadträtin Kapfer	
Herr Stadtrat Keil	
Herr Stadtrat Lemli	
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding	
Herr Stadtrat Pfender	
Herr Stadtrat Rieger	
Herr Stadtrat Dr. Schmid	
Frau Stadträtin Sonntag	
Herr Stadtrat Walter	
Herr Stadtrat Weber	Ab TOP 2.2
Herr Stadtrat Wiest	
Herr Stadtrat Zügel	

entschuldigt:

Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Späh

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait Bis TOP 3
Frau Christ, Stadtplanungsamt
Herr Fessler, Ordnungsamt
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport Bis TOP 3
Herr Rechmann, Tiefbauamt
Herr Stark, Amt für Bildung, Betreuung und Sport Bis TOP 3
Herr Erster Bürgermeister Wersch Bis TOP 3

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Dank für Empfang zur Vereidigung	
2.1.	Bürgerfragestunde - Diverses	
2.2.	Bürgerfragestunde -Montessorikindergarten	
2.3.	Bürgerfragestunde - Stahlbrücke hinter dem Bahnhof	
2.4.	Bürgerfragestunde - Kindergarten St. Michael	
2.5.	Bürgerfragestunde - Kindergartenbedarfsplan	
2.6.	Bürgerfragestunde - Hortsituation	
2.7.	Bürgerfragestunde - Kindergarten Hühnerfeld	
2.8.	Bürgerfragestunde - Kindergarten Mettenberg	
3.	Kindergartenbedarfsplanung und Kindergartenbericht 2009/10 und 2010/11	56/2010
4.	Vereinfachte Änderung des Bebauungsplans "Talfeld I/II" - Änderung eines kleinen Teilbereiches	50/2010
5.	Änderung der Rechtsverordnung über die Sperrzeit in der Schützenfestwoche	52/2010
6.	Änderung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuersatzung (1. Änderung der Vergnügungssteuersatzung vom 21.10.2008)	64/2010
7.	Machbarkeitsstudie "Eselsberg"	51/2010 + 51/2010 - 1
8.1.	Verschiedenes - Boys' und Girls' Day	
8.2.	Verschiedenes - Sonderbeilage in der SZ im März	
8.3.	Verschiedenes - Schreiben Rosemarie Schwarz	
8.4.	Verschiedenes - Kletterwald/ Kletterhalle	
8.5.	Verschiedenes - Verkehrsführung im Zusammenhang mit der Baustelle Zeppelinring	
8.6.	Verschiedenes - Parkgebühren	
8.7.	Verschiedenes - Abfallkörbe	
8.8.	Verschiedenes - Jugendhaus	

Die Mitglieder wurden am 08.04.2010 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 15.04.2010 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Dank für Empfang zur Vereidigung

OB Fettback gibt zu verstehen, es sei ihm ein persönliches Anliegen, dem Gemeinderat und EBM Wersch mit allen Beteiligten für die Veranstaltung zu seiner Vereidigung zu danken und dies auch namens seiner Frau. Es sei eine sehr würdevolle Veranstaltung gewesen, die ihn und seine Frau sehr gefreut habe. Er hätte nicht gedacht, dass ihn dies so bewegen würde, er sei jedoch ähnlich berührt gewesen wie am Wahlsonntag. Einziger Wehmutstropfen sei, dass er sich gewünscht hätte, die Schwäbische Zeitung hätte diese Veranstaltung ähnlich gewürdigt.

Es wird applaudiert.

TOP 2.1 Bürgerfragestunde - Diverses

Herr Heinz Maier wünscht Herrn OB Fettback vorab alles Gute für die 3. Amtszeit. Dann hat er verschiedene Fragen. Er erkundigt sich nach der Zielsetzung beim Umweltschutz, fragt, ob das Radwegenetz weiterhin kontinuierlich ausgebaut werde und gibt zu verstehen, insbesondere interessiert ihn das Teilstück zwischen Freibad und Evangelischem Friedhof und ob dieses noch 2010 realisiert werde. Ferner bittet er über den städtischen Beitrag zum Erhalt der Bahnhofsmission zu informieren und möchte erfahren, über wie viele finanzielle Mittel der Oberbürgermeister frei verfügen könne.

OB Fettback antwortet, der Umweltschutz habe einen hohen Stellenwert, was er auch bei seiner Verpflichtung in der Vorwoche erklärt habe. Energieeffizienz sei ein sehr wichtiger Standortfaktor. Die Teilnahme beim European-Energy-Award sei auch ein Schritt in diese Richtung und es sei klar, dass man zusammen mit der e.wa riss und den Stadtwerken mehr in dieser Richtung tätig werde.

Zur Bahnhofsmission lässt er wissen, es sei immer klar gewesen, dass nach Auslaufen der Finanzierung durch die Glücksspirale, die auf drei Jahre angelegt sei, die finanziellen Lasten von vielen geschultert werden müssten. Der Hospital habe bereits 1.500 Euro zugesagt, vorbehaltlich dass die Restfinanzierung gesichert sei.

Verfügungsmittel, also Mittel zu seiner freien Verfügung als Oberbürgermeister, habe er in Höhe von knapp 3.000 Euro. Dann stünden noch rund 5.000 Euro Projektfördermittel im Haushaltsplan, die aber haushaltstechnisch schon näher am Gemeinderat seien.

BM Kuhlmann lässt wissen, das Radwegekonzept werde derzeit fortgeschrieben. Die Lebensqualität in der Innenstadt sei ein stets beachtetes Thema, wobei das Thema Wohnen in der Innenstadt als besonders wichtig betrachtet werde. Gleichzeitig gelte es Einzelhandelsinteressen zu berücksichtigen und den Interessenausgleich richtig auszubalancieren.

TOP 2.2 Bürgerfragestunde -Montessorikindergarten

Frau Gertrud Vollmer gratuliert OB Fettback herzlich zur 3. Amtsperiode. Sie fragt, was aus dem alten Montessorikindergarten im Braithweg werde. Man habe den Eindruck, dass sich nichts tue.

EBM Wersch lässt wissen, die Planungen seien am Laufen und es folge die Abstimmung zwischen Träger und Stadt. Es werde eine Erweiterung diskutiert und es bestünden Vorstellungen zur Inklusion. Zu letzterem habe man noch keine abschließende Meinung. Es sei geplant, das Thema noch vor der Sommerpause im Gemeinderat zu behandeln.

TOP 2.3 Bürgerfragestunde - Stahlbrücke hinter dem Bahnhof

Frau Vollmer fragt, was mit der Stahlbrücke hinter dem Bahnhof geschehe und wer hierüber entscheide.

BM Kuhlmann antwortet, der Stahlsteg hätte schon lange abgebaut gehört. Seines Wissens stünden sogar Mittel im Haushaltsplan bereit. Der Steg gehöre der Stadt.

TOP 2.4 Bürgerfragestunde - Kindergarten St. Michael

Frau Köck, Vorsitzende des Elternbeirats Kindergarten St. Michael bringt vor, es seien Fördermittel für die dringend erforderliche Sanierung zur Verfügung gestellt worden. Im Herbst 2009 habe die Kirche einen Vorschlag für eine Komplettsanierung unterbreitet. Seither habe man nichts mehr gehört. Sie fragt, wann die Sanierung vorgesehen sei.

Weiter erkundigt sie sich nach der Ganztagsbetreuung am Kindergarten St. Michael. Im August 2008 sei im Rahmen einer Kooperation mit dem KBZO eine neue Küche eingebaut worden, die für eine Mittagessensausgabe genutzt werden könne. Eine interne Umfrage vom Februar 2010 habe Bedarf für 15 Kinder zur Ganztagsbetreuung ergeben. Sie fragt, ob der Stadt der Bedarf bekannt sei und ob eine kurzfristige Realisierung erwogen werden könne.

EBM Wersch gibt zu verstehen, diese Zahlen seien ihm nicht bekannt. Der katholische Träger habe einen Entwurf vorgelegt und dieser sei in der AG Kindergarten beraten worden. Dann habe man aber keine Rückmeldung mehr erhalten. Es sei vielmehr die Entwicklung des Kindergartens Mittelberg priorisiert worden und der Träger habe nicht den Kindergarten St. Michael im Blick gehabt. Der erweiterte Auftrag aus dem Konjunkturpaket sei noch nicht bearbeitet. Er rechne damit, dass dies bis Ende Mai 2010 möglich werde und sagt eine wohlwollende Prüfung zu, wobei die Finanzierung unklar sei. Die finanzielle Situation habe sich auch in Biberach geändert und zusätzliche Maßnahmen seien nicht wie in der Vergangenheit durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer finanzierbar.

TOP 2.5 Bürgerfragestunde - Kindergartenbedarfsplan

Frau Christine Wittner, Vorsitzende des Gesamtelternbeirats der Kindergärten trägt vor, sie habe einen Sitz in der AG-Kindergarten. Man habe den Entwurf des Kindergartenbedarfsplans vor einer Woche erhalten und erst am Donnerstag erfahren, dass heute die Beratung anstehe. Eine Information der Elternbeiräte sei ihr daher nicht möglich gewesen. Sie fragt, ob künftig diese Zeitschiene geändert werden könnte, damit die Eltern in eine derart wichtige Entscheidung eingebunden werden könnten.

OB Fettback erwidert, man sehe den Zeitdruck, dem alle unterworfen seien. Es habe viele offene aber einvernehmliche Punkte gegeben und bereits vor Weihnachten sei in einem Gespräch klar geworden, dass die Kindergartenträger und die Stadt das Ziel hätten, das Thema im April zu behandeln, da manche Entscheidungen einen gewissen Vorlauf benötigten. Ihm sei wichtig gewesen, die Entscheidungsträger frühzeitig zu informieren und man habe auch die Kirchenvertreter zur Vorberatung eingeladen. Sie trügen die Beschlussanträge mit. Ausgeklammert sei noch der Kindergarten St. Martin mit der Zusage, die Vorlage noch vor der Sommerpause zu behandeln.

EBM Wersch fügt an, er habe keinen Kindergartenbericht erlebt, der nicht unter Druck erstellt worden sei. Es sei völlig auszuschließen, dass man alle Elternbeiräte beteiligen könne. Der Gesamtelternbeirat sei über die AG Kindergarten beteiligt. Insgesamt müsse man sehen, dass man nicht so viel Personal wie Projekte habe und daher immer unter Zeitdruck arbeite, zumal wenn derart große Abstimmungsmodalitäten zu erledigen seien.

TOP 2.6 Bürgerfragestunde - Hortsituation

Eine Frau bringt vor, es bestünden nur 40 Hortplätze. Wenn Kinder in die Grundschule wechseln, sei dies zu wenig. Sie fragt, was zur Verbesserung geplant sei.

EMB Wersch räumt ein, dass noch keine Durchgängigkeit im System der Kinderbetreuung gegeben sei. Man habe verschiedene Ausbaupläne, u. a. im Bereich des Ganztagsangebots, um die Lücken zu schließen.

Herr Stark lässt wissen, man plane eine Altersumschichtung in der Kita.

Die Bürgerin bringt vor, oft hätten Eltern nur zweimal wöchentlich Bedarf für das Hortangebot, müssten aber voll bezahlen. Hier wäre mehr Flexibilität wünschenswert, auch um die 40 Plätze besser ausnützen zu können.

TOP 2.7 Bürgerfragestunde - Kindergarten Hühnerfeld

Frau Runge bringt vor, bei der letzten Sitzung habe man festgestellt, dass für Aufgaben wie die Wertstoffentsorgung und Ähnliches ein Hausmeister benötigt werde. Sie fragt, was hier vorgesehen sei.

EBM Wersch hebt darauf ab, der Kindergarten Hühnerfeld sei in evangelischer Trägerschaft. Die Frage der Hausmeisterregelung sei Aufgabe des Trägers. Man habe klare Budgetvereinbarungen mit den Trägern und wie diese umgesetzt würden, sei deren Sache. Die Stadt übernehme 85 Prozent der Bewirtschaftungskosten.

TOP 2.8 Bürgerfragestunde - Kindergarten Mettenberg

Die Vorsitzende des Elternbeirats Kindergarten Mettenberg lässt wissen, sie habe den Kindergartenbericht erst am Vormittag desselben Tages erhalten. Die für Mettenberg aufgeführten Zahlen seien nur schwer akzeptabel. In einer Umfrage sei für mindestens 6 Kinder der Teilnahmewunsch an einer Ganztagsbetreuung geäußert worden. Diese Zahl tauche nirgends auf. Aktuell wünschten 14 Kinder Ganztagsbetreuung und 23 Kinder seien an einem Mittagstisch interessiert. Gleichzeitig habe man eine Umfrage an der Grundschule durchgeführt, wo noch weitere 17 Kinder an einem Mittagstisch interessiert wären. Ihr sei daher nicht klar, weshalb man auf die Innenstadt vertröstet werde. Das Umfrageergebnis liege seit 3 Wochen vor und man habe dies noch nicht publiziert, da man den Kindergartenbericht abwarten wollte.

EBM Wersch bekräftigt, man wolle nicht an allen Kindergärten Krippen angliedern, weshalb man bezüglich dieser Frage auf die Innenstadt verweise.

Herr Stark unterstreicht, dass dies auch mit der AG Kindergarten so besprochen sei. Die genannten 14 Kinder, für die eine Ganztagsbetreuung in Mettenberg gewünscht werde, seien ihm nicht bekannt. Man habe den Bericht Mitte März in der AG Kindergarten beraten.

EBM Wersch meint, man könne die genannten Zahlen nur zur Kenntnis nehmen und müsse sehen, was getan werden könne.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 56/2010 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 12.04.2010.

OB Fettback macht darauf aufmerksam, man könne den Beschluss nur vorbehaltlich der Ortschaftsratsbeschlüsse fassen. Das Thema sei sehr dynamisch und die Entwicklung bei Krippen müsse sehr sensibel beobachtet werden, da man in Biberach als Anbieter den Hospital habe und stiftungsrechtliche Probleme vermeiden müsse. Im Bereich Kindergärten habe man eine große Baustelle bei der Frage der Finanzierung. Es sei öffentlich bekannt, dass die Kirchen auf die Stadt zukommen und eine höhere Bezuschussung als die bisherigen 85 Prozent von der Stadt gefordert hätten. Man erörtere momentan zusammen mit den Kirchen das Thema und habe sich einvernehmlich geeinigt, dies erst im Mai zu behandeln. Ausgeklammert seien auch die Frage des Kindergartens St. Martin und des Kindergartens St. Nikolaus. Er betont, dass die Beschlusanträge eine erhebliche finanzielle Vorbelastung für die Stadt bedeuteten. Von Seiten des Gesetzgebers bestehe u. a. Klärungsbedarf zum Orientierungsplan und nach jüngsten Informationen bestehe die Gefahr, dass Städte, die sich zu diesem Thema bereits auf den Weg gemacht hätten wie dies in Biberach der Fall sei, womöglich keine Zuschüsse mehr erhielten. Begründet werde dies damit, dass ein Mehr erreicht werden solle. Dies habe auf kommunaler Ebene dazu geführt, dass der Kommunale Bildungsplan evtl. scheitere.

EBM Wersch bemerkt zum Thema Krippe, hier müsse man wissen, dass neben dem Hospital auch freie Träger am Markt tätig seien. Er unterstreicht die Aussagen OB Fettbacks zum finanziellen Vorgriff. Rund 2 Mio. Euro netto bringe man für städtische Kindergärten auf, 3 Mio. Euro für Kindergärten in freier Trägerschaft und 1 Mio. Euro für die Krippenträger, also insgesamt allein 6 Mio. Euro für diese Aufgabe. Dazu würden weitere Ausgaben im Bereich Bildung und Betreuung vorgeschlagen, die jährlich mit ca. 310.000 Euro zu veranschlagen seien, wobei im Jahr 2011 230.000 Euro netto anfielen, da die Maßnahmen nicht ab Jahresbeginn zu rechnen seien. Weitere Kindergartenstandorte würden diskutiert. Beim Kindergarten St. Nikolaus sei der Druck groß, Entwicklungen seien beim Kindergarten Hühnerfeld geplant und in der Vorlage nicht enthalten sei die Entwicklung des Kindergarten St. Martin, sodass je nach Konzept mit weiteren 500.000 bis 600.000 Euro gerechnet werden müsse. Wenn man die gesetzliche Quotierung bei den Krippenplätzen erreichen wolle, seien Mehrkosten von 2 bis 2,5 Mio. Euro anzusetzen. Die Entscheidungen im Bereich Bildung und Betreuung belasteten den städtischen Haushalt daher in erheblichen Maß.

StR Dullenkopf bezeichnet den Bericht insgesamt als interessant. Er dankt den Verantwortlichen und allen die daran mitgearbeitet hätten, insbesondere EBM Wersch und dem Amt für Bildung und Betreuung, aber auch allen anderen beteiligten Ämtern und den Beschäftigten in den Betreuungseinrichtungen. In der Stadt werde selten unisono so positiv gesprochen wie über das Thema Kindergärten und Kinderkrippen. Als erstaunlich bezeichnet er es, dass die Bedarfsumfrage so wenige erreicht habe. Man könne dies unterschiedlich interpretieren: Entweder seien diejenigen, die sich nicht gemeldet hätten zufrieden oder sie hätten Einzelbedürfnisse, die von der Stadt nicht befriedigt werden könnten. Laut Schwäbischer Zeitung sei ein Viertel aller Beschäftigten auch am Wochenende tätig. Bei institutionellen Angeboten seien die Wochenenden aber außen vor. Sicher existierten immer mehr Eltern, die auf andere Dienstleistungen zurückgriffen oder sie einkauften und sicherlich werde die Bedeutung von Tagesmüttern zunehmen. Auch er geht

auf die Abmangelentwicklung ein und gibt zu verstehen, man tätige diese Ausgaben gerne und müsse wissen, dass die Entwicklung voranschreite, beispielsweise was Qualitätssicherungssysteme betreffe.

Im Bericht werde auch aufgezeigt, dass selbst zum Ende des Kindergartenjahres alle Kinder untergebracht werden könnten und dass über hundert Plätze frei seien. Dabei habe man die Bedarfe erstmals mit 95 Prozent gerechnet. Das Minus steige zwar bei manchen Kindergärten an, man dürfe sich aber nicht täuschen lassen, da auch andere Einrichtungen wie der Mond Kindergarten besucht würden. Vom Grundsatz könne man festhalten, dass jedes Kind einen Kindergartenplatz habe. Mit den Reserveplätzen bei vielen Gruppen habe man einen weiteren Puffer von ca. 100 Plätzen.

Er zeigt sich unzufrieden mit der Bearbeitungszeit des Kindergartens St. Nikolaus und meint, man hätte nur einen Architekten beauftragen müssen für einen Anbau am Wohnhaus. Man habe die Hoffnung gehabt, dies werde sofort erledigt und nicht erst im Zusammenhang mit dem Kindergartenbericht. Beim Kindergarten St. Martin sei das Konzept für die Inklusion noch nicht richtig ausgearbeitet, was für die Zeitverzögerungen verantwortlich sei.

Man sehe den Kindergartenbericht als großen Rahmen und Eltern müssten wissen, dass sie bei Problemen während des Jahres auf die Verantwortlichen zukommen könnten, damit man sich um Abhilfe bemühen könne. Der Kindergartenbericht sei nichts Statisches und man habe immer ein offenes Ohr für weitere Nachbesserungen. Die CDU-Fraktion stimme zu.

StRin Drews bemerkt, der Kindergarten stelle die Weichen für eine niveauvolle Bildung und Betreuung und man habe einen größeren Bedarf an Kindergärten mit flexiblen Angeboten. Man habe mit der Qualifizierung der Erzieherinnen begonnen und sie trage erste Früchte. Hierfür gebühre den Erzieherinnen Dank. Flexible Öffnungszeiten ermöglichten den meisten Eltern Familien und Beruf in Einklang zu bringen und vieles was vor Jahren noch umstritten gewesen sei, zähle heute zum Standard. Sie plädiert für eine rasche Ergänzung jahrgangsübergreifender Bildungs- und Betreuungsangebote in allen Stadtteilen von den Kindergärten bis zur Grundschule, damit Kinder im nahem Wohnumfeld aufwachsen könnten. Auch in den Ortschaften müsse ein Gemeinschaftsangebot zwischen Grundschule und Kindergarten auf Grund der kurzen Wege geprüft werden. Hohe Priorität hätten die Kindergärten St. Martin und St. Nikolaus und hier sei eine massive Bearbeitungsbeschleunigung erforderlich. Abschließend bemängelt sie, dass kein Stadt- bzw. Familienpass eingerichtet sei und hält fest, es sei noch einiges zu tun.

StRin Goeth dankt namens der Freien Wähler für den Bericht und die zusammenfassende Darstellung, wie sich die Entwicklung in diesem Bereich gestalte. Der Bericht werde von den Freien Wählern mitgetragen. Man sehe wie die Vorredner dringenden Handlungsbedarf bei den Kindergärten St. Martin und St. Nikolaus. Einig sei man mit der Verwaltung in der Einschätzung, dass eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung erfolgen müsse und keine Bevorratung. Erschütternd sei, dass nur 18,7 Prozent der Eltern sich an der Umfrage beteiligt hätten. Jetzt hätten die Elternbeiräte teilweise andere Zahlen vorgelegt. Sie frage sich, warum die Eltern sich an der städtischen Umfrage nicht beteiligt hätten, die Grundlage für weitere Entwicklungen sei. Krippen hielten die Freien Wähler nur in der Kernstadt für zumutbar. Man bitte die Eltern hierfür um Verständnis und Geduld, denn es müssten nachhaltige, abgestimmte Strukturen geschaffen werden, die man auf Dauer finanzieren könne. Hauruckentscheidungen seien nicht hilfreich. Die Angebotsvielfalt sei den Freien Wählern wichtig, sie bringe aber auch Probleme mit sich.

StRin Sonntag dankt für die umfangreiche Vorlage. Ihr sei aufgefallen, dass immer vom demokratischen Wandel gesprochen werde, der auch Familien betreffe. Für Familien seien allerdings 3 Jahre eine sehr lange Zeit, wenn es um die Umsetzung von Projekten gehe. Hier sollte vieles schneller erfolgen. Sie bemängelt, dass keine Lösung für den Kindergarten St. Nikolaus in der Vorlage erkennbar sei. Wenn die Entscheidung erst im Mai falle, könne bis September sicher keine dritte Gruppe eingerichtet werden. Positiv sei, dass man den Waldorfindergarten in den Kindergartenbericht aufgenommen habe. Man müsse berücksichtigen, dass einige Einrichtungen wie der Kindergarten St. Wolfgang und der Kindergarten Fünf Linden überbelegt seien. Würdigen müsse man die Arbeit der Erzieherinnen, deren Freiraum kleiner werde und die immer mehr leisten müssten. Da der Schwerpunkt der Bautätigkeiten im Talfeld liege, müsse man diese Entwicklung bei der Krippenentwicklung berücksichtigen. Nicht alle führen mit dem Auto zur Arbeit, weshalb Ganztagsangebote auch mehr in die Stadtteile gebracht werden müssten. Tagesmütter seien nicht für alle eine Alternative, da sie immer die teuerste Lösung darstellten.

StR Braig stellt fest, mit den Beschlüssen tätige man einen sehr großen Vorgriff auf die Haushaltsberatungen. Es wäre daher hilfreich, wenn alle Positionen mit Kosten hinterlegt würden. Als wichtig bezeichnet er es mit dem Qualitätsmanagement zu beginnen.

StR Weber kündigt an, der Ortschaftsrat Mettenberg diskutiere das Thema am Folgetag. Man habe einen sehr aktiven Elternbeirat im Kindergarten. Er signalisiert die Zustimmung zur Vorlage.

StR Deeng spricht die Ganztagsbetreuung in der Grundschule Ringschnait an und bittet zu prüfen, ob es möglich wäre, dass Grundschul Kinder auch das Mittagessen im Kindergarten einnehmen könnten und anschließend evtl. eine zeitliche Betreuung von ein bis zwei Stunden erfolgte. Der Ortschaftsrat Mettenberg tage ebenfalls am Folgetag.

StR Walter spricht den Kindergarten St. Nikolaus an und meint, es wäre nicht gut, Kinder vom Talfeld in die Pflugschule zu verweisen.

OB Fettback bemerkt abschließend, was die Krippenentwicklung betreffe, könne man nicht jeder Entwicklung sofort nachkommen, weil sich die Situation in wenigen Jahren ändern könne. Die Anregung von StR Deeng werde überprüft.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat stimmt den Aussagen dieses Kindergartenberichts - wie in Anlage A von Drucksache Nr. 56/2010 dargestellt - zu.**
- 2. Der Einführung eines QM-Systems in den Kindertageseinrichtungen wird zugestimmt. Mit der Einführung wird im Jahr 2010 begonnen, die erforderlichen Haushaltsmittel werden im Haushalt 2011 bereitgestellt.**
- 3. Der Waldorfverein wird mit 2 Kindergartengruppen und 1 Krippengruppe rückwirkend zum 01.01.2009 in die kommunale Bedarfsplanung aufgenommen.**
- 4. Das Kinderhäusle wird mit 1 Krippengruppe rückwirkend zum 01.01.2009 in die kommunale Bedarfsplanung aufgenommen.**

5. Die hospitäliche Kinderkrippe wird mit 8 Krippengruppen rückwirkend zum 01.01.2009 in die kommunale Bedarfsplanung aufgenommen.
6. Die in der Anlage 1 aufgeführten kirchlichen und kommunalen Kindertageseinrichtungen werden rückwirkend zum 01.01.2009 in die kommunale Bedarfsplanung aufgenommen.
7. Im Westflügel der Pflugschule wird eine 3. GT-Gruppe der Kindertagesstätte eingerichtet. Die erforderlichen 3,16 Planstellen werden bewilligt.
8. Den für die Einrichtung der 3. Gruppe entstehenden üpl. Umbau- und Ausstattungskosten in Höhe von 96.000 € wird, wie nachfolgend dargestellt, zugestimmt:

HSt.	Üpl.	Deckung durch Sperre/ME bei HSt.
1.4640.500000.2	71.000 €	Sperre 1.4649.700000.3
1.4640.522000.2	11.000 €	Sperre 1.4649.700000.3
1.4640.542000.1	1.000 €	ME 1.4646.110000.1
2.4640.935000.2-900	13.000 €	ME 1.4646.110000.1
Gesamt:	96.000 €	

9. Der für die Ausweitung der Öffnungszeiten und die Reduzierung der Schließtage der Kindertagesstätte erforderliche Stellenumfang mit 0,82 bzw. 0,18 Stellen wird bewilligt.
10. Der Betrieb der 3. Gruppe im Kindergarten Sr. Ulrika Nisch wird unbefristet verlängert.
11. Der Betrieb der 4. Gruppe im Kindergarten St. Wolfgang wird um 2 Jahre, bis zum Ende des Kindergartenjahres 2011/12, verlängert.
12. Die Verwaltung wird mit der weiteren Planung eines Kindergartenstandortes im Bereich Gaisental beauftragt.
13. Das Hochbauamt wird beauftragt, für den Kindergarten St. Nikolaus die Planung und Realisierung vorzubereiten und geeignete Architekten auszuwählen. Die Beauftragung erfolgt durch den Bauausschuss.
14. Das Hochbauamt wird beauftragt, für den Kindergarten Hühnerfeld eine Erweiterung um 1 GT-Gruppe zu planen.
15. In Stafflangen wird im Kindergarten St. Remigius zum Beginn des Kindergartenjahres 2010/11 die 3. Gruppe als Kleingruppe wieder in Betrieb genommen. Der Betrieb der 3. Gruppe wird befristet bis zum Ende des Kindergartenjahres 2010/11. Die für das Jahr 2010 zusätzlich entstehenden Ausgaben sind im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel abgedeckt.
16. Der Betrieb der 3. Gruppe im Kindergarten Ringschnait wird unbefristet verlängert. Die Verwaltung entscheidet bedarfsabhängig, ob die 3. Gruppe als Klein- oder Regelgruppe geführt wird.
17. Den für die Einrichtung des GT-Betriebs im Kindergarten Ringschnait entstehenden üpl. Ausgaben in Höhe von 17.300 € wird, wie nachfolgend dargestellt, zugestimmt:

HSt.	Üpl.	Deckung durch Sperre bei HSt.
1.4641.500000.0	5.000 €	1.4649.700000.3
1.4641.522000.0	5.000 €	1.4649.700000.3
2.4641.935000.0-900	7.300 €	1.4649.700000.3
Gesamt:	17.300 €	

18. Der Einführung eines Ganztagesangebots in Ringschnait mit max. 9 Std. zusätzlicher Öffnungszeit wird zum Beginn des Kindergartenjahres 2010/11 zugestimmt. Der dafür erforderliche Personalbedarf im Umfang von 0,75 Stellen wird genehmigt.
19. Die 2. Gruppe im städt. Kindergarten Rissegg wird wieder als Regelgruppe betrieben. Dadurch ist die vorhandene Zweitkraftstelle mit einem Umfang von 80 % zu besetzen. Gleichzeitig wird auch die 2. Gruppe als RG/GT-Gruppe geführt. Die dafür erforderliche Personalstelle mit einem Umfang von 57,69 % wird bewilligt.
20. Die Kindergartengruppe in der Rissegger Steige wird bis zum Ende des Kindergartenjahres 2011/12 weiter betrieben. Der bestehende Mietvertrag wird entsprechend verlängert.
21. Der Betrieb der 3. Gruppe im Kindergarten Mettenberg wird unbefristet verlängert. Die Verwaltung entscheidet bedarfsabhängig, ob die 3. Gruppe als Klein- oder Regelgruppe geführt wird.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 50/2010 . zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Bauausschuss am 29.03.2010.

BM Kuhlmann lässt wissen, Reihenhäuser seien derzeit schwer vermarkbar, man habe jedoch Interessenten für Einfamilienhäuser, weshalb man eine Bebauungsplanänderung vorschlage. Beide Hochpunkte im Süden und Norden sollten jedoch als wichtige Gestaltungspunkte erhalten bleiben.

StR Weber lässt wissen, er sei von Anfang an gegen diesen Bebauungsplan gewesen, da das Bauvorhaben jedoch am Laufen sei, werde er sich enthalten. So dicht an der Stadt hielte er es für erforderlich, verdichtete Bauweise zu praktizieren. Nun gehe man Stück für Stück in die Fläche.

StR Abele sieht dies namens der CDU-Fraktion anders. Man sei froh, dass flexibel auf Nachfragen reagiert werde und man nicht Nutzungen überstülpe. Eine bedarfsorientierte Gestaltung sei wichtig.

StR Keil gibt zu verstehen, die SPD-Fraktion freue u. a., dass nach wie vor Wohnungsbau vorgesehen sei, da man für viele Arbeitnehmer ein Angebot benötige und es Menschen gebe, die vielleicht erst später bauen wollten. Er sieht im Bebauungsplan einen Beitrag für wirtschaftliches und ökologisch nachhaltiges Wohnen.

StR Dr. Compter hält grundsätzlich die Argumente der Grünen für nachvollziehbar, denn Verdichtung sei wichtig. Diese solle auch nur etwas verringert werden. Ein Angebot, das nicht am Markt umgesetzt werden könne, bringe nichts.

StR Braig unterstreicht dies für die FDP. Man könne die Bürger nicht zu ihrem Glück zwingen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 3 Enthaltungen (StRe Dr. Schmid, Sonntag, Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Bebauungsplan "Talfeld I/II" wird für das im Lageplan des Stadtplanungsamtes Nr. 890/34, Index A vom 10.03.2010 umrandete Gebiet im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB geändert.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 52/2010 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss vom 12.04.2010.

OB Fettback lässt wissen, dem Beschlussantrag liege eine Empfehlung des Fachgremiums Kommunale Sicherheit der Schützendirektion zu Grunde.

StR Abele signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion. Man gehe über die gesetzlichen Vorschriften hinaus, auch wenn man sich manchmal über gesetzliche Lockerungen freue. Wenn die Kommission Sicherheit und sämtliche Fachleute zum Ergebnis kämen, dass die Sperrzeit nicht ausgeweitet werden solle und die Stimmung der Bevölkerung dasselbe reflektiere, müsse man dies aufgreifen.

StR Lemli gibt zu verstehen, man sei über die gesetzliche Ausweitung nicht erfreut gewesen. Die Stadt habe sich mit der Kommission Sicherheit Gedanken gemacht, wie erreicht werden könne, dass alle beim Kinder- und Heimatfest Freude hätten und nicht nur diejenigen, die die ganze Nacht durch trinken wollten. Man dürfe nichts fördern, was dem Fest nicht gut tue. Auf diesen Hintergrund sei der Vorschlag gut und richtig. Er bittet, die Entwicklung weiterhin zu beobachten.

StRin Goeth zeigt sich einig im Ziel, dass eine gewisse Nachtruhe auch in der Schützenwoche erforderlich sei. Frage sei nur, ob man das Problem realistisch angehe. Junge Leute würden mit Freunden weiter feiern und man strafe letztlich die Gastronomie ohne das Problem wirklich zu lösen. Die Consulengasse sei ein Phänomen für sich. Dennoch wolle man es mit der Verordnung versuchen und gegebenenfalls korrigierend eingreifen. Sie selbst habe Zweifel und Furcht, ob nicht die gegenteilige Wirkung erreicht werde und werde die Rechtsverordnung daher ablehnen.

StR Dr. Schmid ruft die Ausführungen im Rahmen der Bürgerfragestunde von Heinz Maier in Erinnerung, der von Lebensqualität in der Innenstadt gesprochen habe. Auch hierum gehe es. Ob man das Problem mit der Rechtsverordnung in den Griff bekomme sei offen. Die Grünen seien für Toleranz und liberalen Lebensstil, man müsse aber auch die Bewohnerinteressen beachten. Daher stimme man der Rechtsverordnung zu.

StR Funk kündigt die Ablehnung der FDP-Fraktion mit ähnlicher Begründung wie von StRin Goeth vorgetragen an. Die Vereinbarkeit von Gastronomie und hochwertigem Wohnen in der Innenstadt sei ein schwieriges Problem, das das ganze Jahr über bestehe. Die Aufforderung an die Verwaltung zu Überlegungen hierzu habe nichts gebracht. Man könne es den Bürgern nicht vermitteln, gerade an Schützen Einschränkungen vorzunehmen. Womöglich sei die Rechtsverordnung sogar kontraproduktiv, da die Leute vielleicht gleich auf die Straße gingen und erst gar nicht in die Gaststätten. Die Kommission Sicherheit der Schützendirektion sei kein Expertengremium. Auch er habe ihr schon angehört. Im Übrigen sei das Handeln nicht konsequent, da man gleichzeitig den Schützenbus ausgeweitet und den Bieranstich um einen Tag vorverlegt habe.

OB Fettback hält entgegen, eine Ideallinie könne man nie erreichen und es sei nicht richtig, dass man auf die Aufforderung, Lösungsmöglichkeiten vorzulegen nicht reagiert habe, vielmehr habe man juristisch so gut wie keine Möglichkeiten, um beispielsweise den Anwohnern der Pflugmälze

zu helfen, für deren Probleme er vollstes Verständnis habe. Die Kommission Sicherheit der Schützendirektion habe durchaus Sachverstand und die Sperrzeitenregelung sei nur ein Aspekt von vielen. Er meint, man sollte vielleicht einmal Herrn Mebold von der Polizeidirektion, der Vorsitzender der Kommission Sicherheit sei, im Gemeinderat berichten lassen.

StR Dullenkopf bittet auf Seite 2 der Vorlage die Dauer des Schützenfestes von neun auf zehn Tagen zu korrigieren.

StR Zügel meint, man könne es mit der Rechtsverordnung versuchen, sie gehe aber am Kern des Problems vorbei, wenn es darum gehe, die Lebensqualität in der Innenstadt zu verbessern. Für die Probleme an Schützen hätten die Bürger überwiegend Verständnis und Problem sei nicht das Schützenfest, sondern der Rest des Jahres. Es würden Garagen zugeparkt, Hauseingänge und Briefkästen verunreinigt und wenn vom gemeindlichen Vollzugsdienst keine Reaktion erfolge, leide die Innenstadt als Wohnort.

StR Lemli dankt der Schützenfestkommission, die sich jährlich viele Gedanken mache.

StR Braig unterstützt die Ausführung StR Zügels. Die Begrenzung bringe nichts. Sinnvoller wäre es, die Schützenbusse zu beschränken. Die Umsatzzahlen seien der Schützendirektion heilig, die Folgen zu tragen sei sich aber nicht bereit.

OB Fettback widerspricht den Ausführungen. Anträge auf Ausdehnung des Schützenbusses habe man abgelehnt. Man habe jedoch auch keine Einschränkung beschlossen, da der Schützenbus eine gute Einrichtung sei und durch ihn viele auf die Anreise mit dem PKW verzichteten. Der Vorschlag sei, den Status quo zu erhalten, auch was die Sperrzeiten betreffe. Man reagiere lediglich auf die veränderte Gesetzeslage. Er sei auch gerne bereit, einen Bericht der Schützendirektion im Gremium geben zu lassen, sofern dies gewünscht werde. Überdies kündigt er einen Workshop zum Thema lebendige Innenstadt an, der diesen Name verdient habe und zwar noch vor der Sommerpause. Hierzu würden auch die Fraktionen eingeladen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 6 Nein-Stimmen (StRe Bode, Braig, Dullenkopf, Funk, Goeth, Rieger) einer Enthaltung (StRin Kapfer) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die als Anlage zu Drucksache Nr. 52/2010 beigefügte Änderung der Rechtsverordnung über die Sperrzeit in der Schützenfestwoche wird beschlossen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 64/2010 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 12.04.2010.

Frau Leonhardt erläutert kurz die Hintergründe der Vorlage.

StR Abele lässt wissen, Sorge im Hauptausschuss sei gewesen, ob man nicht ein neues Rechtsproblem schaffe. Es sei dargelegt worden, dass man sich der Rechtsunsicherheit bewusst sei und dass Rechtssicherheit erst bestehe, wenn ein höchstrichterliches Urteil vorliege. Die Anzahl von Spielhallen sehe man nicht so dramatisch angesichts des Einzugsgebiets der Stadt von über 50.000 Einwohnern. Mit der Vergnügungssteuersatzung habe man auch keine Einwirkungsmöglichkeit, die Spielsucht zu verhindern. Gegebenenfalls wichen Spielsüchtige auf andere Räume wie das Internet aus. Mit Einnahmen von 600.000 Euro handle es sich aber sicher um keine nachrangige Steuer.

StR Lemli meint, eine hundertprozentige Suchtprävention sei nicht möglich, die Stadt könne jedoch einen Beitrag leisten, Spielsucht nicht noch zu fördern. Schon der Name Steuern impliziere, dass man steuernd eingreifen könne und dies so vom Gesetzgeber gewollt sei.

StRin Goeth signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler, wobei man den genannten Spitzenplatz bezweifle. Natürlich bestehe eine Suchtproblematik in Deutschland und an erster Stelle seien hier Alkohol und Nikotin zu nennen. Die Bahnhofsmission werde mit Mitteln der Glücksspirale finanziert und niemand habe dabei an das Thema Sucht gedacht. Es sei ein vernünftiges Reglementierungsmaß erforderlich.

StR Dr. Schmid sieht in der Vergnügungssteuersatzung ein gewichtiges politisches Lenkungsinstrument zur Suchtprävention.

StR Funk kündigt die Zustimmung der FDP-Fraktion an. Die Satzung sei gegen die Stimmen der FPD beschlossen worden und es sei absehbar gewesen, dass Klagen kämen. Weitere Änderungen seien zu erwarten.

OB Fettback bezeichnet sich als anerkannten Verfechter eines möglichst hohen Steuersatzes, wobei man mit Augenmaß vorgehen müsse. Wenn der Gesetzgeber eine Lenkungsfunktion zubillige, müsse man diese seines Erachtens so hoch wie möglich ausschöpfen, da es sich auch um ein stadtentwicklungspolitisches Moment handle.

StR Braig bezweifelt eine Lenkungsfunktion von Steuern insbesondere bei Suchtpotentialen. In Kopenhagen würden hohe Preise für Alkohol verlangt, dies ändere aber nichts am Konsumverhalten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der in Anlage 1 von Drucksache Nr. 64/2010 beigefügten Änderung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung) zu.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 51/2010 . zur Beratung vor. Die Vorberatung erfolgte im Bauausschuss am 29.03.2010 und im Hauptausschuss am 12.04.2010. Die Beschlussempfehlung des Bauausschusses ist in Drucksache Nr. 51/2010-1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist. Der Hauptausschuss empfahl Variante 1 zur Realisierung.

OB Fettback führt ins Thema ein und BM Kuhlmann stellt die möglichen Varianten kurz vor. Dabei verdeutlicht er, dass grundsätzlich die Möglichkeit bestehe, die Stadt wieder näher an die Riß zu bringen und eine städtebauliche Wunde, die man 1911 geschlagen habe, zu heilen. 1986 sei man klar von einer Lösung mittels Unterführung ausgegangen. Es habe hierzu sogar einen Rahmenplan gegeben. Nur die Kosten habe man noch nicht so gründlich untersucht. Die Entscheidung sei wichtig, auch unabhängig von der Elektrifizierung der Südbahn, denn die Entwicklung der Brache des GM-Gebäudes hänge entscheidend hiervon ab. Auslöser sei der Bund, der die Ersatzlösung mit Kosten von 5,7 bis 6 Mio. Euro finanzieren müsse. Mehrkosten wären von der Stadt zu tragen, was bei der Abwägung entscheidend zu berücksichtigen sei. Die Ausfahrt aus dem Parkhaus Ulmer Tor müsse auch bei der neuen Lösung gewährleistet bleiben und funktioniere. Die Mehrkosten betrügen 50.000 bis 60.000 Euro und müssten vom Bund übernommen werden.

Da die Stadt ihre Priorität im Bereich Bildung und Betreuung und im Bereich der Infrastruktur hierfür sehe, müsse man angesichts zurückgehender Steuereinnahmen abwägen, wohin das weitere Geld gehe. Dabei müsse man überlegen, wie groß der städtebauliche Mehrwert sei, der mindestens 1,2 Mio. Euro Mehrkosten verursachte. Als Städtebauer wäre er bereit, diese Lösung zu wählen, angesichts der anderen städtischen Aufgaben sei jedoch auch er der Meinung, Variante 1 solle realisiert werden.

OB Fettback meint, wenn man von nachfolgenden Generationen in 10 oder 15 Jahren gescholten werde, müsse man überlegen, welchen Mehrwert die Investitionen in Bereich Bildung und Betreuung gebracht hätten.

StR Abele findet die Entscheidung auch unabhängig von der Elektrifizierung richtig. Man solle jedoch nicht schon Geld ausgeben, ehe die Entscheidung zu Elektrifizierung gefallen sei. Variante 1 zu wählen sei richtig, da man Prioritäten setzen müsse. Auch er bestätigt, dass die Ausfahrt aus dem Parkhaus erhalten bleiben müsse und die Finanzierung dem Bund obliege. Sicher werde dies noch im Aufsichtsrat der Stadtwerke thematisiert.

StR Keil meint, noch sei die Elektrifizierung der Südbahn im Bundesverkehrswegeplan mit Planungsstadium enthalten. Vielleicht befördere der Gemeinderatsbeschluss die Südbahn und sei ein Signal an den Bund, dass die Gemeinden willens und in der Lage seien, die Elektrifizierung umzusetzen. Man benötige die Elektrifizierung, da die Bahn der Verkehrsträger mit Zukunft sei.

Er dankt für die Darstellung der Varianten und meint, die Regelung des Verkehrs von Osten in die Innenstadt bleibe ein Thema. Vieles hätte für eine andere Variante gesprochen und es sei jammerschade, dass man sie aus finanziellen Gründen nicht realisieren könne.

StR Zügel meint, ob die Elektrifizierung auf dem Altar von Stuttgart 21 geopfert werde, wisse man nicht. Eine Lösung für den Eselsberg sei jedoch auch aus anderen Gründen erforderlich und dabei

sei Variante 1 richtig, da sie nicht nur auf die Finanzen Rücksicht nehme, sondern auch berücksichtige, dass man nicht zu viel Verkehr aus Osten produziere. Es sei nicht vorstellbar, dass an der Riß ein Areal mit hohem Freizeitwert entstanden wäre, da dort viel Verkehr sei. Dennoch seien die Freien Wähler dankbar für die Darstellung der Varianten. Variante 1 biete Sicherheit für die Zukunft und die Freien Wähler stimmten zu.

StR Weber glaubt an die Elektrifizierung, da die Hoffnung zuletzt sterbe. Man habe den Busbahnhof und andere Fakten geschaffen, die gegen eine Unterführung sprächen. Andere Varianten hätten Charme gehabt, aus finanziellen Gründen stimme man jedoch Variante 1 zu.

StR Braig zollt BM Kuhlmann für seine Einschätzung Respekt. Mit Variante 1 erreiche man immerhin, dass die Kurve besser zu fahren sei als momentan. Er meint, künftig sollte man bei Projekten wie dem Parkhaus Ost und dem Ärztehaus komplexer planen. Die FDP-Fraktion stimme Variante 1 zu.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der weiteren Planung zur Querung der Bahnlinie im Bereich Eselsberg wird eine Brückenlösung zugrunde gelegt. Grundlage hierfür ist die in Drucksache Nr. 51/2010 dargestellte Variante 1.**
- 2. Die Ausfahrt aus dem Parkhaus nach Osten bleibt erhalten.**

TOP 8.1 Verschiedenes - Boys' und Girls' Day

StR Heinkele lobt die Stadt, die sich am Boys' und Girls' Day beteiligt habe. Er bittet, dieses Engagement fortzuführen.

TOP 8.2 Verschiedenes - Sonderbeilage in der SZ im März

StR Wiest bringt vor, Ende März sei eine Beilage in der Schwäbischen Zeitung gewesen, in der u. a. für Ausstellungen und Museen zwischen Friedrichshafen, Wangen und Ulm geworben worden sei. Biberach habe nicht geworben und ihn interessiere warum.

TOP 8.3 Verschiedenes - Schreiben Rosemarie Schwarz

StRin Goeth spricht ein Schreiben von Frau Rosemarie Schwarz an den Gemeinderat an und fragt, ob es zutreffe, dass Stadtprospekte nicht aktualisiert würden. Ferner bittet sie um eine Stellungnahme, warum die Stadt keinen Stand auf der BiFa gehabt habe.

OB Fettback bemerkt zu letzterem, der Aufwand, den eine städtische Präsentation auf der BIFA gemacht hätte sei nicht zu rechtfertigen.

Das Schreiben von Frau Schwarz sei ihm nicht bekannt.

StR Walter bemerkt, der Brief von Frau Schwarz sei ohne Briefkopf gewesen und von ihm deshalb gleich in den Papierkorb gewandert.

Frau Appel lässt wissen, das Schreiben sei mit den entsprechenden Mehrfertigungen für den Gemeinderat eingegangen und so verteilt worden.

TOP 8.4 Verschiedenes - Kletterwald/ Kletterhalle

StR Funk bringt vor, bei der Eröffnung des Kletterwaldes habe Herr Beck eine bemerkenswerte Rede gehalten. Danach habe man einen Investor für den Kletterwald gesucht und den Platz zur Verfügung gestellt. Vom Investor habe er gehört, dass ein weiterer Ausbau gewünscht werde. Er äußert den Wunsch, EBM Wersch und BM Kuhlmann sollten ausarbeiten, ob eine Konkurrenzsituation zwischen der Kletterhalle und dem Kletterwald bestehe. Eventuell könne das Angebot des Kletterwaldes eine Kletterhalle ersetzen.

OB Fettback erwidert, der Beitrag von Herrn Beck sei sicher nicht so zu verstehen gewesen. Eine Kletterhalle habe für ihn im Übrigen nichts mit der TG zu tun.

TOP 8.5 Verschiedenes - Verkehrsführung im Zusammenhang mit der Baustelle Zeppelinring

StR Funk bringt vor, vor einer Woche habe er die Verkehrsführung im Zusammenhang mit der Baustelle Zeppelinring thematisiert und um Prüfung seines kreativen Vorschlags gebeten, die Verkehrsrichtung in der Pfluggasse zu ändern oder für einen bestimmten Zeitraum dort das Parken zu verbieten. Er habe keine Antwort erhalten. Ferner bittet er mitzuteilen, wann die Bachgasse wieder für den Verkehr geöffnet werde.

BM Kuhlmann kündigt die Öffnung der Bachgasse für Ende April an. Der Vorschlag zur Verkehrsführung in der Pfluggasse werde geprüft.

TOP 8.6 Verschiedenes - Parkgebühren

StRin Sonntag trägt vor, in der Schwäbischen Zeitung sei ein Bericht zu den Parkgebühren in Memmingen gekommen. Memmingen sei im Zuge der Haushaltsdiskussion in Biberach als beispielhaft genannt worden. Ab Mai 2010 falle jedoch in Memmingen die Freiparkstunde. Die Händler fürchteten Einnahmeverluste und der Bürgermeister empfehle, an Kunden Gutscheine auszugeben.

TOP 8.7 Verschiedenes - Abfallkörbe

StR Braig bringt vor, aus Richtung Ärztehaus und Post fehlten Abfallkörbe, was zu vielen Verunreinigungen führe. Er meint, es seien große unter attraktive Behälter erforderlich.

TOP 8.8 Verschiedenes - Jugendhaus

StR Walter bringt vor, der Schwanenkeller werde veräußert. Er gibt zu bedenken, in der Kommission Jugendhaus zu überlegen, ob dies ein möglicher Standort sein könnte.

OB Fettback lässt wissen, vor langer Zeit sei der Schützenkeller als Jugendveranstaltungsraum im Gespräch gewesen, was erhebliche Bedenken der Anwohner ausgelöst habe.

Anschließend wird die Sitzung von 19:45 Uhr bis 20:00 Uhr zur Vesperpause unterbrochen. Danach findet eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Gemeinderat, 19.04.2010, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:

OB Fettback

Stadtrat:

Wiest

Stadtrat:

Keil

Schriftführerin:

Appel

Gesehen:

EBM Wersch

Gesehen:

BM Kuhlmann